Deutscher Bundestag **Drucksache 15/3356**

15. Wahlperiode 16. 06. 2004

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), Cornelia Pieper, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Bildungsarmut in Deutschland feststellen und bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bildung hat in unserer Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert. Arbeitsprozesse werden komplizierter und komplexer. Während es früher möglich war, auch ohne einen formalen Schulabschluss eine sichere Arbeitsstelle zu finden, ist das Risiko, arbeitslos zu werden, unter Personen ohne Schulabschluss besonders hoch. Noch immer verlassen zu viele junge Menschen die Schule ohne einen Abschluss. Dies gilt besonders für Jugendliche aus Haushalten mit Migrationshintergrund.

Bei Migranten ist insbesondere die mangelnde Sprachkenntnis für ein überproportional häufiges Scheitern in der Schule verantwortlich. Ohne deutsche Sprachkenntnisse ist eine Integration in das deutsche Bildungssystem nicht möglich. Hier müssen im Zusammenwirken mit den Ländern erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um insbesondere Migrantinnen bessere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

Unter den Jugendlichen aus Zuwandererfamilien zeigt sich eine zunehmende Zahl von Ausbildungslosen. Sie stellen seit den 1980er Jahren mit einem Anteil von ca. 40 Prozent die wesentliche Teilpopulation von Jugendlichen ohne Berufsausbildung.

Seit Beginn der 1980er Jahre liegt der Anteil der Jugendlichen, die eine allgemeinbildende Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, bei ca. 10 Prozent. Im letzten Jahr waren es ca. 90 000 Jugendliche. Dabei ist der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss unter männlichen Jugendlichen deutlich höher als unter Mädchen. 1975 waren noch 40 Prozent der Abgänger ohne Hauptschulabschluss Mädchen, 1998 hingegen nur noch 30 Prozent.

Im OECD-Vergleich (Bildung auf einen Blick, OECD 2002) ist der Anteil der deutschen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren, die weder beschäftigt sind noch sich in Ausbildung befinden, relativ hoch. Fünf Prozent der männlichen und fünf Prozent der weiblichen Jugendlichen fallen in diese Kategorie. Damit liegt Deutschland hinter Frankreich, den Niederlanden, Irland oder Norwegen.

Der OECD-Bericht stellt fest: „Jugendliche mit geringen Qualifikationen laufen eine erhöhte Gefahr, langfristig arbeitslos zu werden, instabile oder unbefriedigende Beschäftigungsverhältnisse zu finden, was weitere negative Konsequenzen, wie beispielsweise soziale Ausgrenzung, mit sich bringen kann.“ (Bildung auf einen Blick, S. 296).

Besonders beunruhigend ist der Vergleich der Beschäftigungsquoten der 20- bis 24-Jährigen, die sich nicht (mehr) in Ausbildung befinden. In Deutschland erreichen nur knapp über 50 Prozent derjenigen, die einen Bildungsstand unterhalb des Sekundarbereichs II haben, eine Beschäftigung. Unter 28 untersuchten Ländern belegt Deutschland damit bei den Jugendlichen unterhalb der Sekundarstufe 2 einen enttäuschenden 20. Platz. Bei Absolventen der Sekundarstufe 2 liegt das Beschäftigungsniveau bei über 80 Prozent. Mit einer Ausnahme (Portugal) geht in allen OECD-Ländern ein höherer Bildungsstand mit einer höheren Beschäftigungsquote einher, durchschnittlich steigt sie um 19 Prozentpunkte.

Angesichts zunehmender Veränderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind junge Erwachsene ohne Schulabschluss von gesellschaftlichen Deklassierungs- und Ausgrenzungsprozessen betroffen. Für diese Jugendlichen, die nicht über den gesellschaftlich definierten Mindeststandard an Bildung verfügen, haben sich die Teilhabechancen an beruflicher Bildung und Beschäftigung verringert. Unter ihnen finden sich vermehrt Langzeitarbeitslose, Sozial- und Einkommensschwache, Personen mit Migrationshintergrund (Arbeitsmigranten und deren Kinder, Aus- und Übersiedler, Asylbewerber), behinderte Menschen sowie Jugendliche, die über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf den Weg der gesellschaftlich definierten „Normalität“ zu bringen sind.

Im Armutsbericht der Bundesregierung spielt der Zusammenhang von Bildungslosigkeit und sozialer Lage keine Rolle. Wie bei der ökonomischen Armut können auch bei der Bildungsarmut absolute wie relative Standards verwendet werden. Absolut Bildungsarm wäre, wer nicht alphabetisiert ist, keinen Schulabschluss hat bzw. trotz eines Schulabschlusses in einfachen Tests nach Maßgabe von Bildungsstandards scheitert. Nach relativen Standards wären diejenigen bildungsarm, die innerhalb der Verteilung von Bildung zu den unteren zehn bis zwanzig Prozent gehören.

Die Bundesregierung hat bisher kein schlüssiges Konzept vorgelegt, wie die dramatische Situation verbessert werden kann.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bildungsforschung in Bezug auf Ursachen, Wirkungen und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss zu verstärken;
2. im Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht, der im Jahr 2005 vorgelegt werden muss, die Kriterien der Bildungsarmut und des Bildungsreichtums zu berücksichtigen und in die Berichterstattung aufzunehmen. Dabei soll insbesondere der Zusammenhang zwischen Bildungsarmut und ökonomischer Armut beleuchtet werden;
3. Mittel der Integrationsförderung (Zuwanderungskompromiss) für Sprachförderung von Zuwandererkindern vor der Einschulung einsetzen;

4. durch die Einführung theoriegeminderter Berufsbilder auch solchen Jugendlichen Chancen auf einen Berufsabschluss zu eröffnen, die aufgrund der theoretischen Anforderungen ansonsten nicht in der Lage wären, eine Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen;
5. durch eine konsequente Modularisierung der Berufsausbildungen Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, auch Teilqualifikationen zu erwerben und in einem Ausbildungspass bestätigt zu bekommen.

Berlin, den 15. Juni 2004

Ulrike Flach
Christoph Hartmann (Homburg)
Cornelia Pieper
Daniel Bahr (Münster)
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Eberhard Otto (Godern)
Gisela Piltz
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333